

Kölner Stadt-Anzeiger

<p>Ford Umwelt-Initiative mit attraktivem Umweltbonus Profitieren Sie von der Ford Umwelt-Initiative: Jetzt Umweltbonus sichern!</p>	<p>Until Dawn: Rush of Blood bei PS Plus Die Schöpfer von Until Dawn entführen dich auf eine Achterbahnfahrt des Grauens!</p>	<p>Reich mit nur 500 Euro Deutscher Banker packt aus und zeigt Trick wie er 1.478 Euro pro Tag verdient</p>
ANZEIGE		

Kölner Stadt-Anzeiger | Politik

Kommentar zum Fake-Tweet: Gefährliche Verirrung der Jungen Union im Bundestagswahlkampf

Von Tobias Brück | 26.07.17, 13:25 Uhr



Die Junge Union Bayern veröffentlichte einen Fake-Tweet von Martin Schulz.
 Foto: dpa

Köln - SPD-Generalsekretär Hubertus Heil bezeichnete die [Veröffentlichung des erfundenen Tweets von Martin Schulz durch die Junge Union Bayern \(/politik/fake-news-landgericht-hamburg-verbietet-erfundenen-schulz-tweet-der-jungen-union-28069026\)](#) zurecht als eine „skandalöse Entgleisung“. Es ist nachvollziehbar, dass der SPD-Kanzlerkandidat selbst juristisch gegen den Fake-Tweet vorgeht. Nicht nur für ihn persönlich ist dieses juristische Vorgehen von Bedeutung – vielmehr ist es auch für die Demokratie als solche essenziell. Denn spätestens jetzt ist klar: Fake-News sind im Bundestagswahlkampf angekommen.

Es besteht die Gefahr, dass bewusst gestreute Falschmeldungen sich durchsetzen und die Diskurse einer demokratischen Gesellschaft im Vorfeld einer richtungweisenden Parlamentswahl beeinflussen und tendenziös verzerren können. Wir haben im US-Präsidentenwahlkampf gesehen, welche Konsequenzen eine bewusste Verbreitung von Lügen und Unwahrheiten zur Manipulation von Menschen nach sich ziehen kann.

Neben einem enormen Glaubwürdigkeitsverlust der konventionellen Medien verschiebt sich die politische Debattenkultur immer mehr in Richtung Sentiment, in Richtung gefühlter Wahrheiten. Der rationale Diskurs, der Streit um das bessere Argument wird in einer Welt der Fake-News der Rang abgelaufen. Dies ist eine fatale Entwicklung, auf die sich demokratische Parteien nicht einlassen sollten.

Rot-Rot-Grün als Bedrohungsszenario

Umso problematischer ist es nun, dass die CDU/CSU anscheinend eine solche Verbreitung von Fake-News durch ihre Jugendorganisation geduldet hat. Der Fake-Tweet der Jungen Union Bayern zielte darauf ab, Martin Schulz gezielt zu diffamieren und ihm eine Verharmlosung linksextremer Gewalt in den Mund zu legen, sowie zu suggerieren, dass Schulz ausschließlich eine rot-rot-grüne Regierungskoalition nach der Bundestagswahl anstrebe. Diese Unterstellungen verorten sich in einer gesellschaftlich aufgeheizten Debatte um linksextreme Gewalt nach dem G20-Gipfel in Hamburg. Jetzt, wo alle gegen Linke hetzen, will auch die Junge Union mitmischen und daraus Profit für den Wahlkampf schlagen.

Somit wird deutlich, was die Junge Union erreichen wollte: Schulz als Freund der Autonomen brandmarken, ihn für das Amt des Regierungschefs diskreditieren und darüber hinaus rot-rot-grün einseitig als ein Bedrohungsszenario heraufbeschwören. Es wird suggeriert, dass durch eine Wahl der CDU/CSU diese potentielle Herrschaft der Linksextremen verhindert werden könne.

Welche möcht verk

PLZ

Jetzt i

Spielregeln des demokratischen Diskurses nicht eingehalten

Dieses Verhalten ist im Kampf um die Wählerstimmen nicht nur unsportlich, es ist undemokratisch. Die Junge Union lässt sich damit auf ein populistisches Niveau herab. Ihnen fällt nicht ein dem Wahlprogramm der SPD oder einer möglichen rot-rot-grünen Koalition mit Argumenten zu begegnen. Deshalb greift die Jugendorganisation nun auf einen billigen Trick zurück und schürt durch bewusste Falschmeldungen Emotionen anstatt sich an die Spielregeln des demokratischen Diskurses zu halten.

Das erinnert an die AfD: Denn auch [Björn Höcke hatte ein gefälschtes Cover eines Buches von Bundesjustizminister Heiko Maas verbreitet \(http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/afd-fake-maas-105.html\)](#), um bewusst zu manipulieren. Es ist deshalb nur richtig, dass das Landgericht Hamburg die Junge Union in die Schranken gewiesen hat. Es zeigt, dass juristisch gegen Fake-News vorgegangen werden kann – mit Erfolg.